

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Riesa,
Herrnstr. 20,
Postfach 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestmöglicherweise bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1300,
Königsplatz,
Riesa Nr. 22

Nr. 91.

Donnerstag, 17. April 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panzer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittzig, Riesa.

Der Etat 1930 im Reichsrat angenommen.

Reichsrat und Reichskabinett für Panzerkreuzer „B“. — Der Reichsrat genehmigt den Zuschuß für die Leipziger Messe.

4. Berlin. Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung den Etat für 1930 an. Der von dem Reichsratsausschuß eingeleitete erste Etat von 2,9 Milliarden Mark für das Panzerschiff B wurde vom Plenum unter Ablehnung eines preussischen Antrags auf Streichung der Baue in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 29 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen genehmigt.

4. Berlin. Der Reichsrat beschäftigte sich am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Rolfs mit dem Etat für 1930. Den Bericht der Reichsratsausschüsse erbatete der preussische Min.-Direktor Dr. Brecht. Er führte u. a. aus:

Der Haushaltsplan ist solide aufgestellt, aber große Ersparnisse bringt er nicht. Die Gesamtausgaben wuchs für 1930 im Vergleich mit 1929 um 864,8 Millionen. Die jährliche Ersparnis beträgt für 1930 nur 63,8 Millionen. Die gesamten Netto-Ausgaben betragen 11 377,8 Millionen. Die Ausschüsse haben die Auflösung des Ministeriums und der Vermögensverwaltung für die besetzten Gebiete spätestens zum 1. Oktober 1930 beschlossen, während die Regierungsvorlage keinen Entschluß vorlag. Bewilligt wurde ein Zuschuß von 10 Millionen im Anschluß an die im März bewilligten noch nicht vorausgaben 10 Millionen, daneben für Kulturreise für 2 Millionen und für andere Zwecke 400 000 Mark. Ebenso wurde ein entsprechender Zuschuß von 22 Millionen bewilligt, außerdem in weiterer Ausführung des vorjährigen Gesetzes für Ostpreußen 29,8 Millionen, für Maßnahmen zur Behebung der östlichen und südlichen Wohnungsnot 12 Millionen und zur Verhinderung des Ausfalls an Umschuldungskrediten 1 Million. Der ostpreussische Siedlungsfonds von 18 Millionen ist nicht wieder eingeklärt. Die größte Vermehrung weist der Wehr-Etat auf. Er werden neben Steigerung der Versorgungsausgaben für Meer und Marine zusammen 40,1 Millionen mehr gefordert. Die Ausschüsse haben Abstriche von rund 8,4 Millionen beschlossen.

Aus der Mitte des Reichsrats wurde die Einsetzung einer ersten Rate für ein zweites Panzerschiff beantragt. Diefem Antrag wurde gegen den Widerstand Preußens zugestimmt, nachdem die Reichsregierung erklärt, sie wolle zwar den Antrag nicht selbst übernehmen, aber würde seine Annahme begrüßen und sich dafür mit Material und Gründen einsetzen. Die erste Rate wird mit 2,9 Millionen eingeleitet in der Weise, daß der gleiche Betrag bei den anderen Schiffbauarbeiten gestrichen wird. Der Zuschuß für die deutschen Werke in Kiel mit 2,5 Millionen wurde bewilligt, weil bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarkts der Zeitpunkt zur Liquidation ungünstig wäre. Bei der Arbeitslosen-Versicherung beantragte Preußen eine Beitragserhöhung um 1/2 Prozent vorzuschlagen und dafür den Zuschuß entsprechend herabzusetzen. Die Mehrheit lehnte die Beitragserhöhung ab und stellte 150 Millionen Zuschuß ein.

Für die Landwirtschaft enthält die Vorlage, und zwar noch in der Form der alten Regierungsvorlage, wesentliche Besserungen. Für Schuldenentlastung haben die Ausschüsse den Anlauf von 450 auf 515 Millionen erhöht. Eingeleitet wurden 800 000 Mark für die Auslandswerbung der Leipziger Messe, 300 000 Mark mehr für die Technische Hochschule, 1 Million für Kindererziehung.

Nach einer Besprechung der Einnahmen auf Grund der neuen Deckungsvorlagen charakterisierte der Berichterstatter das Gesamtbild dahin, daß der Haushalt die Wiederkehr des Vertrauen zur Solidität des Etats rechtfertigt, aber vom Standpunkt der Sparaktion wenig ermutigend ist. Die Entlastung des Haushalts von 1921 ist nur in Höhe von rund 200 Millionen schon jetzt wirklich fundiert. Alles weitere hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung, von Anteilhabergünstigkeiten und von dem Sparprogramm auf lange Sicht ab. Die Ausschüsse legen eine ganze Reihe von Entlastungsvorschlägen vor. Die Sparmaßnahmen in allen Verwaltungszweigen vorschlagen, u. a. die Aufhebung der Reichsvertretung in München.

Reichsfinanzminister Dr. Rolfs hat zu der Einleitung der ersten Rate des neuen Panzerkreuzers durch die Reichsratsausschüsse auf die Regierungsvorlage vom 1. April, in der Reichsanwalt Dr. Brüning den vom Kabinett Müller aufgestellten Haushaltsplan unverändert übernommen habe. Daraus ergebe sich die Stellungnahme der Regierung auch zur Panzerkreuzerfrage. Die Reichsregierung hält an dem ursprünglichen Etat fest und kann erst nach dem Vorliegen der einschlägigen Stellungnahme des Reichsrats zur Frage einer Doppelvorlage über die Entscheidung nehmen. Die Regierung lehnt es ab, die Initiative zu ergreifen oder eine Beeinflussung auszuüben. Sie richtet an den Reichsrat die Bitte, nach eigenem, bestem Wissen und rein sachlichen Erwägungen abschließend Stellung nehmen zu wollen und sich insbesondere in keiner Weise von der Reichsregierung beeinflussen zu lassen.

In der nun folgenden Einzelberatung der einzelnen Etats wird beim Reichsinnenministerium ein von der preussischen Staatsregierung unterstützter Antrag der Reichsregierung auf Wiederherstellung des im Ausschuß geforderten Zuschusses von 120 000 Mark für das Berliner Philharmonische Orchester mit 31 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Beim Ministerium für die besetzten Gebiete beantragte der Vertreter der Rheinprovinz, Hammacher, mit der Auflösung dieses Ministeriums bis nach der Räumung zu warten. Da man diesen Termin noch nicht kenne, solle man nicht den 1. Oktober für die Auflösung des Ministeriums festlegen, sondern sagen: „Zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber am 1. Januar“. Der Antrag wurde mit 36 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Beim Etat des Wirtschaftsministeriums beantragt Bürgermeister Scholz, Berlin, 1,2 Millionen Mark für alle Messen zu bewilligen, statt der jetzt für die Leipziger Messe allein ausgeworfenen 800 000 Mark. Im anderen Falle beantrage Berlin auch die Streichung der 800 000 Mark. — Der Berliner Hauptantrag wird mit 42 gegen 17 Stimmen, der Antrag auf Streichung der 800 000 Mark für Leipzig mit 35 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Beim Reichrat beantragt Reichswehrminister Groener die Wiederbelebung der von den Ausschüssen geforderten Beiträge bei den Ausgaben für militärisches Personal, für Gebäudeunterhaltung und Bauten. Der Minister erklärt, sein Antrag entspringe nicht schwäbischer Dickkopfigkeit, sondern rein sachlichen Gründen. Nach dem vom Kabinett vorgenommenen Abstrich von 50 Millionen seien weitere Abstriche gar nicht möglich, wenn nicht der geregelte Betrieb der Wehrganisation empfindlich gehindert werden solle. Bedenklich wären besonders Streichungen bei der Gebäudeunterhaltung. Aus sozialen Gründen und aus Gründen der Disziplin sei es außerst wichtig, den Mitgliedern der Reichswehr für die Dauer ihrer zwölfjährigen Dienstzeit ein behagliches Heim zu schaffen.

Preussischer Staatssekretär Dr. Weidmann fragt zunächst den Minister, ob er damit einverstanden wäre, wenn der Haushaltsbetrag der Streichungen von 3 1/2 Millionen aufrecht erhalten wird, ohne daß die Streichungen auf bestimmte Posten festgelegt werden.

Reichswehrminister Groener erklärt, darauf könne er nicht eingehen.

Staatssekretär Dr. Weidmann: Angesichts der großen Streichungen beim Sozialetat können wir es nicht verantworten, auf Streichungen beim Wehretat zu verzichten.

Reichsfinanzminister Dr. Rolfs erklärt, daß das Reichskabinett sich nach schweren Kämpfen entschlossen habe, den Wehretat mit 700 Millionen zu bewilligen. Unter diesen Umständen könne er dem Antrag Groener nicht widersprechen.

Der Antrag Groener wurde darauf ohne Widerspruch angenommen.

Kunze beantragt Staatssekretär Dr. Weidmann die Wiederherstellung der Regierungsvorlage beim Panzerkreuzer, also die Streichung der von den Ausschüssen eingeleiteten ersten Rate für den neuen Panzerkreuzer. Das sei nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus politischen Gründen notwendig, damit sich die früheren heftigen Kämpfe um diesen Gegenstand nicht wiederholen.

Westfalen und Rheinland stimmen dem Antrag der preussischen Staatsregierung zu. Württemberg erklärt, es müsse sich der Stimme enthalten angesichts der Differenz zwischen der heutigen und der den Ausschüssen früher gegebenen Erklärung der Reichsregierung. — Der Antrag Preußens auf Streichung der ersten Panzerkreuzerrate wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 29 Stimmen, also mit Stimmentgleichheit, bei einigen Stimmenthaltungen abgelehnt. Der Reichsrat bewilligt also die erste Rate. Für den Panzerkreuzer, also gegen den preussischen Antrag, stimmten die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau, Hannover, Rheinprovinz und die Länder Bayern, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg, während sich die Provinzen Grenzmark und Oberschlesien, sowie die Länder Württemberg, Mecklenburg-Strelitz und Bremen der Stimme enthalten.

Der Wehretat wird dann in der von den Ausschüssen beantragten Form mit den vom Reichswehrminister beantragten Erhöhungen genehmigt.

Beim Reichsfinanzminister beantragten Bayern und Rheinland größere Mittel für die notwendigen Grenzgebiete.

Reichsfinanzminister Dr. Rolfs erklärt, er könne diesen Anträgen nicht zustimmen. Die Reichsregierung werde aber im Rahmen des Ostprogramms auch an den Räten der südtürkischen Grenze nicht vorbeigehen.

Staatssekretär Dr. Weidmann erklärt, der bayerische Antrag sei ihm unverständlich, Bayerns Zustand seien doch nicht mit der Ostpreußen zu vergleichen.

Bayerischer Gesandter v. Preger erwidert, Bayern habe immer Verständnis für Ostpreußens Notlage gehabt und die Hilfsmassnahmen unterstützt.

Der bayerische Antrag auf Bewilligung besonderer Mittel für das südöstliche und nördliche Grenzgebiet wird mit 35 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Nach der Bewilligung aller weiteren Etats spricht Reichsfinanzminister Dr. Rolfs dem Reichsrat den Dank der Reichsregierung für die gute und schnelle Arbeit aus. Die Ausschüsse hätten sich fleißig über die Möglichkeit baldiger Steuererlässungen geäußert; die Reichsregierung wolle aber mit allen Kräften an der Verwirklichung dieser Aufgabe arbeiten. Sie werde nach Ostern den Entwurf eines Ausgabenentlastungsgesetzes vorlegen und bitte um schnelle Verabschiedung.

Im weiteren Verlauf der Sitzung genehmigte der Reichsrat das Gehaltengesetz, den deutsch-schweizerischen Rheinregulierungsvertrag, die weitere Ausdehnung des deutsch-englischen Auslieferungsvertrags und die deutsch-türkischen und deutsch-bulgarischen Konsularverträge. Auch den Entwurf eines Einfuhrzollgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz wurde genehmigt.

Auch das Reichskabinett für Panzerkreuzer B.

4. Berlin. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung, die von 16 Uhr bis 21 Uhr dauerte, u. a. auch mit der Frage des Panzerkreuzers B. Wie die Telegrammenunion erklärt, machte sich das Kabinett die Beschlüsse des Reichsrates hinsichtlich des Panzerkreuzers B zu eigen.

4. Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Unter Vorsitz des Reichsanzalters Dr. Brüning fand am gestrigen Nachmittag in der Reichskanzlei die letzte Kabinettsitzung vor der Osterpause statt. Das Reichskabinett beschäftigte sich neben einer größeren Anzahl laufender Fragen in erster Linie mit dem heute vom Reichsrat verabschiedeten Haushaltsplan für das Jahr 1930.

Sichtlichlich der vom Reichsrat bewilligten eine Million Mark für Kindererziehung, die anstelle anderer Ausgaben des Marineetat eingeleitet ersten Baureise für das Panzerschiff B beschloß das Reichskabinett, die Reichsratsbeschlüsse dem Reichstage als Grundlage seiner Beratungen zuzuleiten.

Die Frage der Lenkung!

4. Berlin. Wie wir hören, werden sofort nach Ostern die Organisationen von Handel, Industrie und Kleinvertrieb sich mit der Frage beschäftigen, wie die Auswirkungen der Agrarabgabe an einer Verteuerung auf dem Lebensmittelmarkt verhindert werden können. Auch die Regierung erwägt Maßnahmen, die eine Verteuerung über das notwendige Maß hinaus unterbinden sollen. Man wird sich aber daran zu erinnern haben, daß stets in solchen Fällen Gegenmaßnahmen gegen eine Verteuerung gefordert und geplant waren, niemals aber eine sichtbare Wirkung hatten. So darf man auch diesmal keine zu großen Hoffnungen auf amtliche Gegenwirkungen setzen, sondern muß mehr den Berechnungen, die jetzt bekannt werden, glauben, daß nicht nur eine Preissteigerung eintreten wird, sondern darüber hinaus die übliche Abrundung in den vielen Zwischeninstanzen erfolgt, die die Lebensmittel und Verbrauchartikel an den Konsumenten bringen.

Das kommende Ostprogramm!

4. Berlin. Obwohl Einzelheiten über das geplante Ostprogramm noch nicht bekannt sind und sogar der Reichsrat eine Beschränkung mit der Frage ablehnte, die noch nicht geklärt sei, verlautet gerüchtweise, daß die Vorarbeiten für das Ostprogramm bereits weit fortgeschritten sind und für die einzelnen Positionen schon feststehende Zahlen genannt werden können. So sollen z. B. für die Entschuldungssaktion 70 Millionen eingeleitet werden sein, für den Ausbau der Straßen und Wege annähernd 30 Millionen, für die Erneuerung und den Bau von Landarbeiterwohnungen rund 5 Millionen, für Kleinbahnen 20 Millionen. Insgesamt hat man auf diese Art bis jetzt 350 Millionen zusammengerechnet. Wohl gemerkt handelt es sich hierbei jedoch lediglich um Forderungen, die bisher bereits angemeldet waren. Das Ostprogramm soll nicht nur Ostpreußen allein betreffen, sondern auch die pommerischen, die brandenburgischen und schlesischen Grenzen nach Polen zu.